

San Salvador, 10. Juni 2013

Liebe Freundinnen und Freunde,

Die These, die im Aufsatz enthalten ist, lautet, dass die Errungenschaften lateinamerikanischer Regierungen und sozialer Bewegungen zugunsten der Mehrheiten der Bevölkerung von den USA und ihren Alliierten im Süden Lateinamerikas rückgängig gemacht werden soll. Der Gigant im Norden ist vor allem an der Fülle von begehrten Bodenschätzen interessiert. Eine schärfere Version von Neoliberalismus wird eingeführt werden. Dazu muss der Einfluss der Progressisten (Bolivien, Ecuador, Venezuela, Argentinien) verringert werden. Schlechte Zeiten für die großen Mehrheiten in Lateinamerika sind angesagt. Nur das Wachstum der Kreativität und Macht der sozialen Bewegungen kann einen genügenden Widerstand entwickeln.

Übersetzer: Birgit Wingenroth, Gerhard Pöter

## Pazifikallianz

Die neoliberalen Regierungen des amerikanischen Kontinents sind dabei, sich um die Vereinigten Staaten herum zu gruppieren, um mit allen Mitteln die entstandene Vereinigung und Integration zu schwächen, die in den letzten Jahren durch die Politik lateinamerikanischer Regierungen erreicht worden ist.

Der gemeinsame Plan besteht darin, den Bereich des Freihandels für Amerika (ALCA) auferstehen zu lassen, der während des vierten lateinamerikanischen Gipfels von einer Gruppe von Präsidenten, angeführt von Hugo Chavez, Nestor Kirchner und Luiz Ignacio Lula einen mächtigen Schlag erlitten hatte. Diese Präsidenten warnten vor einer großen Gefahr, die ihre Völker erleiden würden, wenn die genannte Fehlgeburt geschaffen würde.

Während des Gipfels der Allianz des Pacific, der kürzlich in Cali, Kolumbien stattgefunden hat und die durch Mexico, Chile, Peru und Kolumbien (jetzt ist vor kurzem noch Costa Rica dazugekommen), konstituiert wurde, vereinbarten die Teilnehmer,

dass es ihr Ziel sei, den Austausch von Gütern und Dienstleistungen sowie einen freien Markt als prioritäre Ziele zu etablieren. Sie sprachen aber nicht von der Befriedigung der Basisbedürfnisse ihrer Bevölkerung und erwähnten auch nicht die Bekämpfung der Armut, an der viele ihrer Einwohner leiden.

Als Juan Manuel Santos vor kurzem in Kolumbien an die Macht kam, bekannte er in einer Pressekonferenz mit seinem Kollegen Barack Obama, dass er seit mehreren Jahrzehnten von einer Unterschrift unter den Freihandelsvertrag mit dem nordamerikanischen Giganten geträumt hätte.

Klar ist, dass die vier Mandatsträger der Pazifikallianz, Sebastian Piñera aus Chile, Enrique Peña Nieto aus Mexico, Ollanta Humala aus Peru und Santos aus Kolumbien die berühmte Erklärung von Staatssekretär Colin Powell aus dem Jahre 2005 kennen.

Bei diesem Treffen machte Powell seine Idee bekannt, „dass er die Ausweitung des Freihandels anstrebe, um den US-amerikanischen Firmen die Kontrolle über ein Territorium zu geben, das sich

vom arktischen bis zum antarktischen Pol erstreckt, freien Zugang dazu, kein Hindernis und keine Schwierigkeiten für die US-Produkte, Vereinnahmung von Dienstleistungen, Technologie und Kapital der Halbkugel.“

Nur vor einem Monat noch, äußerte sich der Staatssekretär John Kerry vor versammelter Presse, dass die Vereinigten Staaten Lateinamerika wie ihren Hinterhof betrachteten.

Alles weist darauf hin, dass die Pazifikallianz, gegründet im Jahre 2012 in Lima durch Initiative des damaligen Präsidenten Alan Garcia und am 16. Juni 2012 in Chile konsolidiert worden ist, sich anstrengt, die integrierende Kraft Lateinamerikas auszuhöhlen, die von den progressistischen bzw. nationalen Regimen geschaffen worden ist. Dieses Bündnis ist in den vergangenen Jahren gewachsen.

Erinnern wir uns daran, dass im November 2005 als ALCA zerstört wurde, durch die neoliberalen Modelle, die seit den achtziger Jahren angewandt worden waren, sich die ökonomischen und sozialen Probleme in der Region verschärft hatten und es ganz alltäglich und selbstverständlich wurde, Kinder

zu sehen, die auf der Straße lebten, alte Leute bettelnd und Familien, die sich von Abfall ernährten.

Den Forschungen der CEPAL gemäß erhöhte sich die Zahl der Menschen, die arm geworden waren von 1980 bis 2005 um 95 Millionen, dass 236 Millionen mit weniger als zwei Dollar pro Tag auskommen mussten, was nicht einmal für eine einzige Familie ausreichte.

Die Privatisierungen haben sich bei der Mehrheit der Einwohner negativ ausgewirkt, weil viele ihren Arbeitsplatz verloren, die Gehaltslisten vermindert und die mittleren Firmen durch das Vordringen der mächtigen transnationalen Konzerne verschwanden.

Dann folgte eine friedliche Rebellion und die Völker begannen, Präsidenten zu wählen, die eine Verbesserung der ökonomischen und sozialen Lebensverhältnisse für die großen Massen so wie die genuine Integration der Länder der lateinamerikanischen Halbkugel anstrebten.

So entstanden Organisationen wie die Bolivianische Allianz der Völker unseres Kontinents (ALBA),

PETROCARIBE, die Vereinigung der südlichen Nationen (UNASUR), die Vereinigung der lateinamerikanischen und karibischen Länder Lateinamerikas und es wurde der Markt des Südens (MERCOSUR) verstärkt.

Das klarste Beispiel für das, was geschieht, wenn neoliberale Verträge und Privatisierungen aufgezwungen werden, ist Mexico.

Dem staatlichen Nationalen Rat für die Politik der sozialen Entwicklung (CONEVAL) zufolge hat Mexico nach 19 Jahren Anwendung des Freihandelsvertrages zwischen USA, Canada und Mexico 55.1 Millionen Menschen in Arme verwandelt.

Für Coneval, mit Sitz in der Stadt Mexico haben sich die Indizien für Armut wegen der internationalen Lebensmittelpreiserhöhung und wegen der abrupten Verringerung der nationalen Produktion von Maiz, Getreide und Fleisch ergeben, die nun mehrheitlich importiert werden müssen, vor allem aus den USA.

Durch den Freihandelsvertrag hat sich die aztekische Nation in den letzten Jahren in eine Abhängigkeit

von Washington gebracht. Die Erweiterung der neoliberalen Gesetze hat den ausländischen Unternehmen erlaubt für ihre Produktion billige Arbeitskraft anzustellen, die natürlichen Ressourcen auszubeuten, Erdöl zu fördern zu Vorzugspreisen und die Überschüsse der US-Produktion in dieses Land zu exportieren.

Die vier Mitglieder der Pazifik-Allianz haben bereits Freihandelsverträge mit den Vereinigten Staaten unterzeichnet, wonach sie noch abhängiger werden vom nordamerikanischen Giganten.

An der Versammlung nahm als spezieller Gast der Präsident von Spanien, Manuel Rajoy teil, der in seinem Land für die Rolle eines Antreibers neoliberaler Gesetze bekannt ist, deren Anwendung, die Ökonomie und die soziale Sicherheit Spaniens und seiner Bürger ruiniert hat.

In Verlautbarungen für die lateinamerikanische Nachrichtenagentur PL wies der peruanische Forscher Carlos Alonso darauf hin, dass die Versammlung in Cali dem Wiederaufstehen des gescheiterten ALCA dienen soll. Dieses Mal allerdings in einer nichts verbergenden Version des

Neoliberalismus. Mit dem Ziel, diese Politik in Bezug auf die Region zu verstärken und die Integration Lateinamerikas zu vermindern, besuchte kürzlich der US-Präsident Mexico und Costa Rica.

Am 26.Mai, begann der nordamerikanische Vizepräsident Joe Biden eine Rundreise in Kolumbien, Trinidad y Tobago und Brasilien. In einem Interview mit der kolumbianischen Tageszeitung El Tiempo, erklärte er: In den nächsten Jahrzehnten wird unser Schwerpunkt auf den Regionen liegen, in denen bessere Geschäftsmöglichkeiten existieren. Und tatsächlich brauchen wir nicht jenseits des amerikanischen Kontinents zu suchen. Es gibt keine andere Region in der Welt, die mehr zum Wohlstand der Vereinigten Staaten beitragen könnte.

Kommentare erübrigen sich. Wird in Lateinamerika eine fünfte Kolonne geschaffen?

**Quelle:**

**Hedelberto López Blanch, ¿Resurgimiento del ALCA?**

**Rebelión.org**

**31.5.2013**